

Heil im Schrecken?

Weltpolitische Perspektiven nach der Kuba-Krise

Es bedarf keiner Dramatisierung der amerikanischen Aktion gegen Kuba, in Wirklichkeit gegen die Sowjetunion, die zur Überraschung aller mitten aus einem Wahlkampfe um lediglich innerpolitische Probleme die Welt in eine völlig veränderte Lage versetzte. Jedermann empfindet die Größe der damit heraufbeschworenen Krise und die möglichen Folgen einer unwiderruflichen Entscheidung, mit der sich die Vereinigten Staaten bekannten, notfalls bis in den Atomkrieg durchzuhalten. Auch einer Übersicht über die, wie die Sequenzen eines Spannungsfiebers abrollenden, weiteren Aktionen und Reaktionen, Erklärungen und Gegenerklärungen in der ersten Woche nach der Blockadeverkündung bedarf es nicht. Sie sind noch in jedermanns Gedächtnis. Der erste Akt, die Exposition des Dramas ist mit der nicht minder überraschenden Erklärung des Sowjetpremiers Chruschtschow beendet, die Basen in Kuba abzubauen. Was im ersten überwältigenden Eindruck als der Anfang vom Ende erschien, als der Beginn jenes verhängnisvollen Automatismus, der, einmal begonnen, von niemandem aufzuhalten, bis in den Abgrund des Schreckens abrollt, läßt auf einmal die Hoffnung erblühen, daß es diesmal nicht nur zu keinem Kriege kommen werde, sondern daß aus dem Schrecken so etwas wie ein Heil erwachsen könne, der Durchbruch aus fruchtlosem politischem Stellungskrieg, dem bloßen Finassieren zu ernsthaften Verhandlungen über die großen Probleme der Krise, über die Beendigung des Kalten Krieges.

Es ist klar, daß nach der Aktion des Präsidenten Kennedy und dem Einlenken Chruschtschows der Kalte Krieg in ein neues, in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Was immer in den folgenden Akten des großen dramatischen Ringens um Krieg oder Friede noch geschehen mag, eins ist gewiß: ein Zurück in das bisherige Hin-und-Her-Gerede des Kalten Krieges ist nicht mehr möglich. Es kommt entweder zu einer echten Entspannung durch konkrete Fortschritte in der Lösung der großen kritischen Probleme, oder es kommt zum heißen Krieg, der aber dann nicht ein regional begrenzter oder ein auf konventionelle Waffen begrenzbarer sein wird, sondern der „all-out“-Krieg, der das ganze Erdrund ergreifende, mit Atom-Waffen geführte Endkrieg. Die Alternative ist nicht, wie vielfach angenommen wird, daß es entweder Krieg gebe, oder daß einer von den Gegnern klein beigebe, — back down — wie es auf amerikanisch heißt. Die Alternative ist vielmehr unweigerlich Krieg, wenn nicht beide Gegner nachgeben, wenn keiner klein beigt, das heißt, daß beide ihren Machtansprüchen von selbst Grenzen setzen und diese Grenzen beiderseits zu respektieren willens sind.

Die Versuchung ist stark, daß mit der Mäßigung Chruschtschows alle die Recht behalten zu haben glauben, die von jeher von einem „Bluff“ Moskaus mit Atomkriegsdrohung gesprochen haben und nun glauben triumphierend feststellen zu können, daß die Sowjets zurückweichen, wenn man ihnen hart kommt. Zwar hat Präsident Kennedy Chruschtschows Erklärung, die Kuba-Basen abzumontieren, als einen staatsmännischen Beitrag zum Frieden gewürdigt, aber in einer gewissen Presse und Parteikreisen spricht man nicht nur vom backing down der Sowjets, das sich auch in der Berliner Frage günstig auswirken würde, sondern von der Notwendigkeit, nun „aufs Ganze zu gehen“, den Sieg des Präsidenten bis ins Ende zu verfolgen und in keinem Punkt nachzugeben. Bezeichnend für diese Haltung ist des alten, grobschlächtigen Altpräsidenten Harry S. Truman geringschätziges Wort über etwaige Gipfelgespräche, daß sie einen Dreck was wert seien

("don't amount to a damn"). Würde sich eine solche Beurteilung durchsetzen, so könnte das schwierige Werk der Beilegung der großen Konflikte, so weit eine solche überhaupt schon ernstlich gewünscht wird, hintertrieben werden. Was nach dem erfreulichen Beginn der Mäßigung bei aller Festigkeit in gewissen Forderungen auf amerikanischer wie russischer Seite mehr als alles andere für die folgenden Akte notwendig ist, das ist das Ausschalten aller Gefühlspolitik, aller Überschätzung der eigenen Stellung und Unterschätzung des Gegners. Besonnenheit und Vorsicht sind erforderlich statt dem, was man früher im deutschen Sprachgebrauch „Naßforschheit“ nannte. Wir bewegen uns auf einem Terrain, das von Minen und allerhand Fußangeln verseucht ist. Daher ist es auch ganz und gar abwegig, schon von Siegen zu fabeln und übertriebene Hoffnungen daran zu knüpfen, wie das offenbar von den politischen Kreisen in der Bundesrepublik getan wird, die nunmehr glauben, in ihrer Ablehnung jedes Nachgebens den Sowjets gegenüber gerechtfertigt dazustehen.

Schließlich ist das, was bisher erreicht ist, nur eine Atempause, ein „Atemraum“, wie sich die New York Times ausdrücken. Kein Problem hat eine konkrete Lösung gefunden. Die Situation hat sich überraschend gebessert. Sie kann aber durch einen einzigen falschen Zug auf der einen oder anderen Seite wieder kritisch werden. Die eigentliche Probe der Friedenswilligkeit steht erst bevor, nachdem die USA zunächst einmal bewiesen haben, daß es Grenzen ihrer Friedenswilligkeit gibt, wo diese in Kriegsbereitschaft umschlägt. „Da ist heutzutage ein Geist in diesem Land, der uns leicht veranlassen könnte, denselben Irrtum noch einmal zu begehen“, schrieb dieser Tage Walter Lippmann mit Bezug auf den Abbruch diplomatischer Beziehungen in dem Augenblick, in dem die Kanonen zu sprechen beginnen, und mit Bezug auf beginnende Hysterie, die sich auf einen Kurs festgelegt hat und von diesem nicht durch Verhandlungen und Entgegenkommen abbringen lassen will. Ebenso wenig sind Anklagen und Proteste am Platz. Sich wie die homerischen Helden vor Troja durch gegenseitiges Beschimpfen in den rechten Kampfmuth zu steigern, wie das bisher die Begleitmusik des Kalten Krieges gewesen ist, dient so wenig der Sache wie das Hosiannah-Rufen. Nicht der erste Erfolg zählt. Es ist auch in der Politik so, daß der letzte Sieg ins Gewicht fällt. Was somit von Nutzen ist, das wäre eine besonnene Überprüfung 1. der Motive und Überlegungen, die nicht nur zu der Blockade und Beseitigung der Raketenbasen Kubas geführt, sondern auch die Sowjets veranlaßt haben, die Vereinigten Staaten durch solche Maßnahme offensichtlich zu provozieren; 2. die Gefahren aufzuweisen, die auf dem weiteren Weg zu Lösungen der Krise liegen; und 3. nach Mitteln und Richtlinien zu suchen, die im Rahmen des status quo, d. h. des erreichten Machtgleichgewichtes Elemente dauerhafter Ordnung und des Ausgleichens der bestehenden Spannungen schaffen. Dem sollen die folgenden Bemerkungen dienen.

1.

Sich ein einigermaßen zutreffendes Bild von den hintergründigen Überlegungen und Entscheidungen zu machen, die zu der überraschenden politischen Initiative in der Kuba-Affäre geführt haben, ist insofern von Bedeutung, als es Rückschlüsse auf die im weiteren Verlauf der Krise zu erwartende Politik der USA erlaubt und mögliche Gefahren des nun notwendigen und unvermeidlichen Versuches einer integralen Lösung der großen politischen Probleme erkennen läßt. Der bundesdeutsche Betrachter wird dabei nicht außer Acht lassen, daß der Prozeß der politischen Willensbildung, obwohl die letzte Entscheidung bei dem Präsidenten liegt, in den USA ein überaus schwieriger, vom „advise and consent“, dem Rat und der Zustimmung vieler gegensätzlicher Faktoren abhängiger ist, und nicht wie in der Bundesrepublik einem gehorsam im Gleichschritt marschierenden

Bundesvolk von oben herunter kommandiert werden kann. Das trifft auch für überraschende Wendungen in der Politik zu, die scheinbar ausschließlich einer persönlichen Entscheidung des Präsidenten entstammen. Auch hier zieht der Präsident die Quersumme vieler einander widersprechender Tendenzen. Zunächst ist daher festzustellen, daß der Entschluß zur Blockade in eklatantem Gegensatz zu der vom Präsidenten noch wenige Tage zuvor begründeten Politik der Zurückhaltung steht, und daß diese plötzliche Schwenkung nicht allein durch die erst jetzt beweisbare Gefahr in Gestalt von Basen für Atomraketen begründet ist, sondern daß ihr noch anderweitige Überlegungen zugrunde lagen. Welche Art Überlegungen?

Man kann sich die Antwort leicht machen und sie in der Beurteilung des Präsidenten durch seine Gegner im derzeitigen Wahlkampf suchen. Danach hat der Präsident, offensichtlich einer der „schwachen“ Präsidenten, endlich dem Drängen der Republikaner nach „action“ in der Kuba-Schande nachgegeben, weil er sah, daß mit den von ihm in den Vordergrund gestellten innerpolitischen Problemen kein Hund hinter dem Ofen vorzulocken sei. Hatte nicht der Präsident ursprünglich seinen eigenen Wahlkampf vor zwei Jahren zu einem großen Teil mit der Kritik an der Eisenhower-Dulles'schen „brinkmanship“-Politik bestritten, jener „bis an den Rand eines Atomkrieges“ sich wagenden Politik, und sich auf das Friedensbedürfnis der Massen gestützt? Hatte er nicht den Wählern „frische, neue Ansätze für Bemühungen um den Frieden“ versprochen? Um dann nach der Wahl nicht dem Rat seiner Freunde zu folgen, dem Rat Ex-Gouverneur Averell Harrimans, Adlai Stevensons, Senator William Fulbrights, des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, dem Rat, die günstige Stunde zu nutzen und Berlins wegen die Initiative zu ergreifen, sondern dem entgegengesetzten des früheren Außenministers Dean Acheson, des Schmiedes der „Eingrenzungs politik“, und des Ex-Botschafters in Moskau, „Chip“ Bohlen. Seine Meinung wie damals wechselnd wie ein Hemd habe auch diesmal der Präsident gehandelt, als er die Unwirksamkeit seiner Wahlparolen und die Zugkraft der Forderung nach „Handeln“ erkannte. Hatte doch auf seiner Redetour ihm sogar ein Demokrat entgegengehalten: „Wir bedürfen eines Mannes auf dem Pferderücken, um die Nation zu führen. Viele in Texas und im Südwesten denken, Sie reiten auf Karolinens altem Dreirad — und daß Sie und Ihre Administration weichmütige Schwestern sind“. Es hatte der Kampagne etwas Künstliches an, kritisierte auch Joseph Alsop, das Entscheidende scheine zu fehlen. Allerdings hatte Alsop auch das um sich greifende Verlangen der Massen nach sofortigem Eingreifen der USA in Kuba angesichts der über Berlin heraufsteigenden neuen Krise als „haarsträubend“, als geradezu verbrecherisch bezeichnet.

Was hatte demnach den Präsidenten veranlassen können, seine noch eben diametral entgegengesetzte Ansicht so plötzlich zu ändern, seine Wahlredetour abzubrechen und sich an die Spitze derjenigen Kräfte zu stellen, die seit langem gefordert hatten, nun endlich die kubanische „Nessel“ kräftig anzupacken, wenn nicht die Erkenntnis, daß andernfalls die Republikaner die Wahlen gewinnen könnten? Die ganze dramatische Wendung in der Politik nichts anderes als etwas dem ähnlich, was man in Hollywood publicity stunt nennt? Der Präsident demnach ein Opportunist? Jedenfalls einer der „schwachen“ Präsidenten, wie schon Eisenhower ein solcher gewesen sein soll? Das Produkt seiner Umgebung? Ein schwacher Präsident auch dann, wenn die Rücksicht auf die Wahl nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein sollte; wenn er sich nur seine eigene unpopuläre nüchterne Einschätzung der Lage durchsetzen nicht getraute. Ein vor dem radikalen Nationalismus kapitulierender Präsident?

Etwas Sinisteres, etwas Peinliches haftet der plötzlichen Schwenkung an, etwas,

das an die Geheimniskrämerei und die Überraschung erinnert, mit der seinerzeit England, Frankreich und Israel ihren abortiven Sondervorstoß in der Suezkrise unternahmen. Man wird sich noch einmal der tragischen Figur des britischen Premierministers Anthony Eden erinnern, der, von Natur aus eine maßvolle, ausgleichende und verständigungsbereite Persönlichkeit, sich wider besseres Wissen und die eingeborene Neigung seines Charakters zu einem unzeitigen Sprung in einen zum Scheitern verurteilten Aktivismus verleiten ließ. Präsident Kennedy demnach, wie er, ein dem Druck mächtiger politischer Gruppen nachgebender Politiker? Welche Aussicht für die zu erwartenden schwierigen Entscheidungen, die in der nächsten Zukunft zu treffen sein werden? Denn das Gefährliche einer schwachen politischen Führung liegt darin, daß sie, wider besseres Wissen in den Strom radikaler Tendenzen mitgerissen, versucht, aus der Verstrickung in Widersprüche sozusagen „nach vorne“, in die „Aktion“ durchzubrechen; komme daraus, was wolle!

Man wird ein wesentlich anderes Bild von dem Präsidenten und den eigentlichen hintergründigen Überlegungen und Entscheidungen, die der Wendung in der Außenpolitik zu Grunde liegen, glaubhafter finden. Danach ist hinter dem Vorhang einer absichtlich kühl abwartenden und nüchternen, ja die wirkliche Lage absichtlich abschwächenden Beurteilung die Aktion in Kuba von langer Hand überlegt und vorbereitet worden, und zwar nicht nur um das dortige Problem allein zu beseitigen, sondern um als Hebel, die ganze im Stellungskrieg erstarrte politische Front aus den Angeln zu heben. Es ist eine seit langem sorgfältig vorbereitete Aktion, mit der die amerikanische Politik hofft, die ihr von den Sowjets entrissene politische Initiative zurückzugewinnen. Was das kubanische Problem selbst anbetrifft, so mußte der Präsident damit rechnen, daß trotz des Geschreis der radikalen Nationalisten eine militärische Aktion gegen die Herrschaft Fidel Castros nicht die Gefolgschaft der Mehrheit der Nation hatte. Eine erst kürzlich unternommene Befragung (Gallup-Poll) erbrachte eine Mehrheit von 69% gegen 19% dafür, daß die USA Kuba nicht militärisch besetzen dürfen. Es bedurfte somit eines beweiskräftigen Nachweises tödlicher Gefahren, die für die Sicherheit Amerikas von Kuba drohten, um die öffentliche Meinung für eine Politik empfänglich zu machen, die das Risiko eines Atomkrieges in sich schloß. Der Präsident bedurfte ferner der Zustimmung mindestens der Mehrheit der latein-amerikanischen Nationen für seine Politik, die ebenfalls erst zu erreichen war, wenn er Beweise in den Händen hielt, daß auch sie — über Kuba — von der Sowjetunion bedroht waren. Es galt auch dem Einwand in den eigenen Reihen zu begegnen. Einer ihrer Wortführer, Walter Lippmann, hatte dringend davor gewarnt, gegen Castro so etwas wie einen Präventivkrieg zu führen. Das würde heißen, die Regel aufstellen, daß auch Präventivkriege gegen die amerikanischen Militärpositionen in Berlin, in der Türkei, im Iran, in Pakistan, Thailand, Süd-Vietnam, Formosa, Okinawa, Süd-Korea und Japan legitim seien, d. h. gegen den ganzen, von den USA um den kommunistischen Orbit geschnürten Gürtel der „Eindämmung“. Zwar sei das Eindringen der Sowjets in Kuba eine grobe Verletzung der Monroe-Doktrin, aber die Voraussetzung für sie sei in den zwei Weltkriegen verschwunden, nämlich das in Washingtons „Farewell Address“ erklärte Äquivalent des Desinteresses an der Politik Europas. Es galt auch diesem Bedenken Rechnung zu tragen, ehe der Präsident handeln konnte.

Das entscheidende Motiv für seine Aktion und das lange, wie Zaudern aussehende Abwarten der reifen Situation, eine Zurückhaltung, die dem Präsidenten Verkenntung und ungerechtfertigte Angriffe eintrug, ist in dem Dilemma zu sehen, in dem des Präsidenten Bemühungen versandeten, einen Widerstand gegen gewisse politische Aktionen der Sowjets glaubhaft zu machen, ohne daß dieses

Glaubhaft-Machen nur der Krieg selbst sein würde, der, einmal begonnen, allen möglichen Zufällen offenstehen würde. War nicht der Widerstand mit dem Einsatz der eigenen Existenz nur dort glaubhaft, wo Leben und Sicherheit der amerikanischen Nation unmittelbar, nicht nur wo sie nur mittelbar bedroht waren? Trotz allen Beteuerungen ist ein Widerstand wegen Berlin bis in die Schrecken des Atomkrieges hinein nicht glaubhaft zu machen gewesen. Es war daher nur in Verbindung mit einer lebenswichtigen Bedrohung möglich, den Widerstandswillen auch für ein Problem wie Berlin glaubhaft zu machen. So war es ein wohlkalkuliertes Risiko des Präsidenten, die drohende Berlin-Krise durch die Antwort auf die Kuba-Krise herauszufordern, in der Erwartung, daß der hier bewiesene Widerstand auch für das zentraleuropäische Problem mit glaubhaft werden würde (Alsop's erwähnte Bemerkung, eine Verbindung beider Krisen sei „haarsträubend“ und „verbrecherisch“ erweist sich damit als eine gesteuerte politische Irreführung).

Ob hinter dieser Hoffnung einer auf nicht lebenswichtige Probleme übertragbaren Glaubwürdigkeit des Widerstandswillens nicht ein Trugschluß steht, sei hier beiseite gelassen. Doch eine andere Reihe von Überlegungen des Präsidenten dürfte wahrscheinlich und erwähnenswert sein. Es liegt kein Anzeichen dafür vor, daß der Präsident sein Ziel einer Entspannung und eines dauerhaften Friedens und damit „fresh new starts for peace“ aufgegeben habe. Vielmehr sprechen manche Anzeichen dafür, daß er sie bis zu einem Termin zurückgestellt hat, an dem die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Versuch geschaffen sein würden. Seine Zurückhaltung, sich auf vorzeitige Verhandlungen einzulassen, geschieht nicht aus grundsätzlicher Ablehnung wie in Bonn, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß solche vorzeitigen Versuche eher Möglichkeiten verderben, indem sie sie zerreden, als den Weg zu Lösungen ebnen. Er hatte nach seiner Wahl und in dem lange nachwirkenden Gespräch mit Chruschtschow in Wien erkannt, daß solche „frischen neuen Anfänge“ schwerer zu erlangender Vorbedingungen bedürften, als wie er angenommen hatte. Er sah sie an die Grundvoraussetzung geknüpft, daß beide Machtblöcke sich mit dem erreichten Machtgleichgewicht als einem Definitivum abzufinden bereit waren, jede Änderung mit welchen Mitteln auch immer, verlässlich und durch konkrete Abmachungen, aufzugeben sich verpflichteten, und daß notwendige Ordnungsänderungen, wie die Liquidation des früheren Kriegszustandes, nur im Gesamtrahmen dieses Gleichgewichtes erfolgen könnten. Eine Vorbedingung, die nicht ohne eine nochmalige schwere außenpolitische Krise zu erreichen sein würde, weil die Verteidigung des Gleichgewichtes, nicht der einzelnen, ob unmittelbar oder mittelbar lebenswichtigen Positionen, glaubhaft gemacht werden mußte. Solche neuen Friedensversuche erfordern auch innenpolitisch eine starke Position des Präsidenten. Denn so populär der Friede bei den Massen ist, so unpopulär werden viele der Maßnahmen sein, die ihn ermöglichen, so leicht wird es sein, sie als Rückzug, als nationale Niederlage zu verurteilen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der Präsident eine so starke Position in seiner ersten Amtsperiode erreichen wird, um unpopuläre Maßnahmen durchdrücken zu können. Immerhin hat er in diesen middle-term-Wahlen versucht, seine Autorität durch Stimmenzuwachs seiner Partei zu kräftigen. Insofern kann man einen Zusammenhang zwischen Wahlen und der Behandlung der Kuba-Affäre als tatsächlich vorhanden ansehen, wenn auch nicht in dem Sinne seiner innenpolitischen Gegner.

Was die Berlin-Krise anlangt, so erklären sich die Bemühungen der amerikanischen Regierung während der letzten Wochen vor der Kuba-Initiative des Präsidenten eindeutig als vorsorgliche Maßnahmen gegen eventuelle Repressalien der Sowjetunion in Berlin auf die Kuba-Blockade hin. Man rechnete mit einer

Rückwirkung auf Berlin durch Sperrung der Zufahrtswege, und beabsichtigte, auch hier prompt zu handeln und die Entschlossenheit zu dokumentieren, Gewaltmittel zur Aufrechterhaltung des status quo einzusetzen. Daher auch die Vorsorge, gegebenenfalls sofort, ohne die Alliierten und nur im Einverständnis und unter Mitwirkung bundesdeutscher Truppen, zu handeln. Alles Beweise, daß die Kuba-Aktion von langer Hand für einen innen- wie außenpolitisch fruchtbaren Zeitpunkt vorbereitet worden war.

Aber war die Aktion des Präsidenten eine nur aus eigenen Überlegungen und Entscheidungen erwachsene Initiative? War sie nicht auch eine Reaktion auf eine Aktion, auf eine ausgesprochene Provokation der Sowjets? Man kommt damit zu einer wichtigen Frage, die im Zusammenhang der Hintergründe der Krise nicht verschwiegen werden darf, die Frage nach den Gründen und Absichten des Ausbaues Kubas zur Mittelstrecken-Raketenbasis der Sowjets neunzig Meilen von dem Staatsgebiet der USA entfernt. Niemand wird die Russen für so naiv halten, daß sie annehmen könnten, die USA würden diese Basen nicht sehr bald entdecken. Es handelte sich daher bei dem Ausbau der Basen um eine beabsichtigte Provokation. Man wollte offenbar hier den Widerstandswillen, die Kriegswilligkeit und -bereitschaft von Regierung und Nation unter der Bedingung prüfen, daß die Bedrohung nicht nur eine mittelbare, sondern eine unmittelbar in die Herzgrube greifende war. Nahm Amerika diese Bedrohung hin, so war der Widerstandswille in und wegen Berlins leeres Gerede. Dahinter steht die Überlegung, daß auch die Sowjetunion es sich nicht leisten könne, falsch zu kalkulieren und auf einen Widerstand zu stoßen, wo man keinen erwartet hatte. Es bedarf daher keines großen Rätselratens über Parteiungen in der Sowjetunion und der Annahme, daß die russische Militär habe den Ausbau Kubas zur Basis wegen der Unterlegenheit in Langstreckenraketen verlangt. Daß es auch in der Sowjetunion eine Richtung gibt, die den Krieg für unvermeidbar hält, ist lange bekannt. Moskau lief auch kein großes Risiko mit der Provokation in Kuba; da in jedem Fall im Zusammenhang mit der Kuba-Krise das Problem der Raketen- und Flugzeugbasen außerhalb des eigenen Territoriums generell würde aufs Tapet gebracht werden können und damit früher oder später Moskau einen Erfolg eintragen würde.

Man sieht daraus, daß es neben und hinter den vordergründigen Akteuren auch einen hintergründigen gibt, der den ersteren die Chance, ihren Widerstandswillen zu erweisen, zugespielt hatte. Chruschtschow ist nicht weniger interessiert daran, den „glaubwürdigen“ Nachweis des amerikanischen Widerstandswillens zu erlangen, wie die USA, ihn zu erbringen. Eins ist jedenfalls gewiß, daß der Ausbau der Basen in Kuba nicht in erster Hinsicht ein Versuch des Einbruchs in die westliche Hemisphaere ist, sondern ein test case. Andernfalls würde Chruschtschow nicht wiederholt und deutlich in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen haben, daß er an den Widerstandswillen der USA nicht glaube. „Wie kann ich glauben“, sagte er einem Besucher, „daß Kennedy es ernst mit Berlin meine, wenn er die Niederlage der Invasion in der Schweinebucht in Kuba hinnahm?“ Erst unlängst hat er dem greisen amerikanischen Dichter Robert Frost gesagt, die Amerikaner seien viel zu liberal, als daß sie kämpfen würden. Am bittersten sprach er seinen Zweifel mit dem Satz aus: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser junge Mann in Washington die Entschlossenheit besitze, für das einzustehen, was er sagt“. Etwas wie Enttäuschung klingt aus den Worten, wie eine versteckte Aufforderung, doch endlich zu handeln. Vielleicht braucht Chruschtschow solchen Widerstand innenpolitisch. Jedenfalls sind solche Bemerkungen nicht recht vereinbar mit „hinterlistig“ und geheim durchgeführten Maßnahmen, deren Zweck allein war, die USA vor die vollendete Tatsache tödlicher Bedrohung aus nächster Nähe zu stellen.

Man wird nicht geradezu von Kuba als einer politischen Falle der Sowjets sprechen, aber doch von einer verborgenen Aktion, um die USA zum Handeln zu zwingen. Moskau ist in gewisser Hinsicht fast der geheime Partner Washingtons in einer den Interessen beider dienenden notwendigen Klärung über den Widerstandswillen der Vereinigten Staaten. Das und nicht das Bewußtsein der eigenen Unterlegenheit ist auch der Grund des schnellen Nachgebens der Sowjets. Chruschtschow hat den Nachweis erhalten, daß „der junge Mann“ nicht nur die Entschlossenheit besitzt, für das einzustehen, was er sagt, sondern auch eine überraschende Aktion, wohlgeplant und gut vorbereitet, völlig überraschend durchzuführen. Das zusammengenommen ergibt ein wesentlich anderes Bild von dem Sachverhalt, als es mit groben Strichen in den Tageszeitungen gezeichnet wird. Man sieht aber auch, welch ein hohes Spiel im Gange ist. Der Welt wäre wohlher, wenn es auf beiden Seiten weniger verschlagen gespielt würde, mindestens aber von Amerika, das einst das „power game“ als eine der verruchtesten Gepflogenheiten der Alten Welt, von der es sich selbst frei wußte, verachtete. Schließlich ist das tief eingewurzelte Mißtrauen, das im Kern jeder Machtpolitik steckt, nur zu überwinden durch eine einfache Aufrichtigkeit oder auch brutale Offenheit, nicht aber durch tricks und make believe.

2.

Vollkommene Offenheit ist freilich nicht in allen Lagen im Verkehr der Nationen miteinander möglich. Walter Lippmann hat den Präsidenten deswegen kritisiert, daß er die „Diplomatie außer Kraft gesetzt“ habe, indem er in den langen Erörterungen mit Gromyko kurz vor der Blockade-Ankündigung davon Abstand genommen habe, ihn mit dem Nachweis der Offensivwaffen-Basen in Kuba zu konfrontieren. Er hätte ihm in privater Unterredung Andeutungen über die beabsichtigten politischen Schritte machen müssen. Kennedy hatte die unrichtigen Erklärungen des sowjetischen Außenministers über den defensiven Charakter der Basen und Waffen hingenommen, obwohl er den gegenteiligen Beweis in Händen hatte. Er beantwortete Heimlichkeit mit Heimlichkeit um des Momentes der Überraschung willen. Damit beschwor er überhaupt erst die Kriegsgefahr herauf. Die Forderung auf Beseitigung der Raketenbasen in Kuba war gerechtfertigt. Eine solche hätte nicht eine unmittelbare Kriegsgefahr zur Folge gehabt. Gefährliche Spannung schuf erst die direkte Aktion, das fait accompli der Blockade ohne diplomatische Vorbereitung, streng genommen ein kriegerischer Akt mitten aus dem Frieden heraus, ein Überraschungsschlag; wenn auch noch kein atomarer.

War der Präsident dazu durch die singuläre Situation gezwungen? Ich glaube ja. Nur auf solche Weise konnte er den Beweis erbringen, daß er gewissen Lagen gegenüber nicht zu verhandeln und mit sich handeln zu lassen bereit sei, sondern aktiven Widerstand bis in das Risiko eines Atomkrieges leisten würde. Lippmanns Bedenken ist wohl berechtigt; im vorliegenden Falle hätte jedoch seinem Vorschlag folgen bedeutet, der Aktion das Gewicht einer ernsten Demonstration zu nehmen, einer Handlung, die allerdings und zwar einkalkuliert das Risiko eines Krieges enthielt. Nur dieses Risiko gab der Handlung Gewicht. Der Präsident hatte bereits von drei Möglichkeiten zu handeln die am wenigsten risikoreiche gewählt. Drei Alternativen standen zu seiner Wahl. Die Invasion; sie bot den Vorteil der Überraschung, aber den Nachteil, daß es ein Krieg ohne Kriegserklärung im Charakter des japanischen Angriffes auf Pearl Harbour und eines „preemptive war“ gewesen wäre, und daß dabei zahlreiche Russen mit getötet worden wären. Solche Handlung hätte mit Sicherheit Gegenaktionen der Russen ausgelöst und das Ansehen der USA in der Welt aufs schwerste geschädigt. Nicht viel weniger riskant wäre die zweite Alternative gewesen, die Basen durch einen

Luftangriff zu zerstören, was jedoch mit Sicherheit später notwendig gewesen wäre, wenn sich nicht Chruschtschow zu seinem historischen Akt der eigenen Beseitigung der Basen verstanden hätte. Die dritte Alternative war die Blockade, die am wenigsten riskant und eine Maßnahme war, die, wie sich dann auch als richtig erwies, Raum für Gespräche offen ließ. Doch war dieser Aktion das Moment der Überraschung nur zu sichern, wenn die Diplomatie nicht vorher zu Worte kam.

Damit wird das Kapital der Gefahren aufgeschlagen. Ohne Einschränkung und vorsorgliche Beseitigung einer Reihe von Gefahren werden die bereits in Aussicht genommenen Gespräche über weitere Krisenherde und ihre Beseitigung in den Anfängen stecken bleiben wie bisher. Als erste dieser Gefahren wird man die Beseitigung der Gefahr eines Überraschungsschlages zu nennen haben, vielmehr schon die Beseitigung des Mißtrauens gegenüber der Möglichkeit einer solchen eventuell drohenden Gefahr, das einem auch jetzt bereits im Gespräch mit der Unterstellung der Absicht der Russen begegnete, ihr ganzes Entgegenkommen laufe nur darauf hinaus, Zeit zu gewinnen, damit ihre U-Boote „battle stations“ einnehmen könnten, und was sonst noch für Maßnahmen erforderlich wären, um gelegentlich eines neuen Konfliktes ihrerseits den „vorbeugenden“ Vergeltungsschlag auszuführen. Die Tatsache bleibt bestehen, nach der Aktion Kennedys mehr denn je, daß die Möglichkeit eines Überraschungsschlages die größte Gefahr ist. Sie zu beseitigen ist die Voraussetzung dafür, daß die künftigen Gespräche nicht in der Atmosphäre von Angst und ständigem Mißtrauen gegen die eigentlichen Absichten des Gesprächspartners geführt werden. Von englischer Seite ist deshalb mit Recht ein Übereinkommen über Methoden, einen solchen Schlag zu verhindern, als vordringlich bezeichnet worden.

Es können hier nur noch ein paar weitere Gefahren genannt werden, die die künftigen Verhandlungen schon im Beginn bedrohen. Eine davon hat Chruschtschow selbst in seinem dritten Brief an Kennedy erwähnt. Er nahm auf eine kürzliche Verletzung des Luftraumes Rußlands durch ein überfliegendes amerikanisches Flugzeug bezug und unterstrich die Möglichkeit, daß es für ein atombombentragendes gehalten werden könnte, insbesondere auf dem Höhepunkt der Krise, da sich auch Rußland in erhöhter Spannung und Kriegsbereitschaft befand. Auf die immer gegenwärtige Gefahr technischer Versager und Interpretations-Irrtümer im amerikanischen Warnsystem ist oft hingewiesen worden, ohne daß die Lage sich gebessert hätte. Darauf hier näher einzugehen besteht kein Anlaß. Ernst ist die gefährliche Rückwirkung der Verhandlungsbereitschaft in Gestalt von übertriebenen Hoffnungen auf die Nachgiebigkeit Moskaus in anderen kritischen Fragen. Die Gegenforderungen für das Nachgeben der Sowjets werden unweigerlich präsentiert werden. Anzunehmen, daß die Kuba-Aktion die vorbereitete politische Offensive Moskaus in Berlin zerschlagen habe, wie das die New York Times äußerte, ist eine Illusion. Auch die Hoffnung, die vor allem in der Bundesrepublik gehegt zu werden scheint, daß der Westen in der Berlin-Frage auf größeres Entgegenkommen Chruschtschows werde rechnen können, ist fehl am Platze. Eine isolierte Lösung der Berlin-Krise ohne Regelung des gesamten Deutschland-Problems — und zwar im Rahmen des status quo, des bestehenden Machtgleichgewichtes — ist schwieriger geworden. Denn das Kuba-Exempel hat zu etwas wie einem neuen Prinzip geführt, dem Recht der Großmächte, in der Nähe ihrer Grenze keine bedrohlichen Installationen dulden zu brauchen. Das würde automatisch nicht nur zur Forderung der Liquidation der vorgeschobenen Stützpunkte der USA, wie es z. B. die Türkei ist, führen, die vorübergehend von Moskau fallen gelassen wurde, um das Gespräch nicht im Anfang zu blockieren, sondern auch zu den alten Forderungen, Deutschland beiderseitig aus dem Bündnissystem

zu lösen, es zu neutralisieren, mindestens in Zentraleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu errichten, kurzum ein beiderseitiges „Absetzen“ der beiden Großmächte von ihrer bisherigen vorgeschobenen Frontstellung auszuhandeln.

Aber solche Erörterung gehört bereits in den Rahmen von Überlegungen über die weiteren Schritte zu einer Entspannung. Die Gefahren, auf die hier hinzuweisen wäre, liegen einmal in der Richtung übertriebener Erwartungen auf ein „backing down“ der Sowjets in allen Fragen, die, wenn sie enttäuscht werden sollten, im Westen wieder dahin ausgelegt werden würden, daß man „mit den Sowjets eben nicht verhandeln könne“ und daß das einzige Argument, das man ihnen entgegenhalten müsse, die geballte Faust sei. Zum anderen Mal ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß sich Bonn ernsthaften, über belanglose Verbesserungen oder „Verschlimmbesserungen“ am Rande der Probleme hinausgehenden Verhandlungen versagen wird. Der Bundeskanzler wird den geplanten Besuch in Washington durchführen. Das Gespräch mit ihm ist von Washington als dringender denn je bezeichnet worden. An eine Erfüllung der Atomwaffenwünsche Bonns als ein Ergebnis der Gespräche wird dabei freilich nicht zu denken sein. Im Gegenteil, das ist nunmehr endgültig als abgetan zu bezeichnen. Aber Forderungen nach einer Verstärkung durch konventionelle Truppeneinheiten werden von den USA erhoben werden und vielleicht auch die Forderung größerer Elastizität gegenüber Lösungsmöglichkeiten des Deutschland-Problems, nicht nur des Problems Westberlin; Möglichkeiten, die, nach der Kuba-Verständigung, nur unter Anerkennung des status quo, des Machtgleichgewichtes als Rahmen für die Beseitigung von Spannungselementen bestehen. Es ist fraglich, was für Gefahren damit erneut heraufbeschworen werden, wenn sich Bonn weiteren notwendigen Entspannungsversuchen quer legt. Es wird nicht ausbleiben, daß die Bundesrepublik die Schuld für eine dann wieder anschwellende Verschärfung der Krise den Sowjets in die Schuhe zu schieben versuchen wird. Ob Bonn sich indessen damit nicht politisch isolieren würde, ist angesichts der in Kuba bewiesenen Verhandlungsbereitschaft Moskaus fraglich. Denn die hier und da laut gewordene Ansicht, daß die Sowjets durch ihren Rückzug einen Prestigeverlust erlitten hätten, ist absurd. Die Opferbereitschaft der Sowjets für den Frieden hat ihnen vielmehr bedeutendes Ansehen gewonnen und die Aufrichtigkeit ihrer Friedenspolitik bewiesen.

Im Zusammenhang damit muß nun aber nochmals auf die Bedeutung der Offenheit und auf die Gefahr hingewiesen werden, sich selbst durch eine irreführende Propaganda mit Halbwahrheiten die Möglichkeit zu entscheidenden beiderseitigen gleichwertigen Zugeständnissen vor der eigenen Öffentlichkeit zu erschweren. Selbst solche nahezu offizielle Darlegung, wie sie der amerikanische politische Chefplaner Walt W. Rostow in der Westberliner Universität über die Möglichkeiten des Westens gab, die großen Krisen zu bereinigen, ist, soweit sie Berlin und Deutschland betreffen, nicht frei von Halbwahrheiten und geflissentlichem Verschweigen entscheidender Faktoren. Ob es die Unfähigkeit ist, die Wirklichkeit in ihrem vollen konkreten Dasein zu erfassen, ob es absichtlicher „cant“ ist, jedenfalls ist die Verkennung der Realität, auch die der eigenen Bedeutung, das Messen mit zweierlei Maßstäben, die größte Gefahr, die, wie sie zum ersten und zum zweiten Weltkrieg geführt hat, leicht auch zum dritten, trotz allen Bemühungen um den Frieden, führen kann.

3.

Die wirkliche Lage, von der aus allein die deutsche Krise und nicht nur die Berlin-Krise gelöst werden könnte — denn eine isolierte Westberliner Lösung ist nicht möglich —, hat der Herr Chefplaner des amerikanischen Außenministe-

riums seinen Berliner Hörern vorenthalten. Aber Walter Lippmann hat sie in seinem unbestechlichen Wahrheitswillen vor kurzem noch einmal allen, die hören und sehen wollen, ins Gedächtnis zurückgerufen. Die offizielle Ansicht über die Wiedervereinigung, schreibt er, daß Ostdeutschland (in der Bundesrepublik sagt man Mitteldeutschland) die Chance gegeben werden müsse, sich selbst aus dem kommunistischen Weltkreis und dem Bündnis mit den Sowjets herauszuwählen, um sich mit Westdeutschland und der westlichen Alliance zu vereinen, „ist und war immer ein Traum“. Es sei undenkbar, daß die Sowjetunion, solange sie die Macht habe, es zu verhindern, einem vereinigten Deutschland von 70 Millionen innerhalb der NATO zustimmen würde. Die offizielle Ansicht über die Wiedervereinigung sei offensichtlich so unmöglich, daß, sofern sie von verantwortlichen Staatsmännern vorgetragen würde, dies Verdacht erzeuge. „Eine Wiedervereinigung vorschlagen, von der man weiß, daß sie unmöglich ist, heißt sie de facto überhaupt nicht vorschlagen.“ Weil die offizielle Formel der Wiedervereinigung durch freie Abstimmung kein Mittel sei, sie tatsächlich zu erreichen, so sei dies nur einer der Gründe, warum so viele, die kein großes Deutschland wünschten, ihr „Lippendienst leisteten“. Jedenfalls sei, abermals der Meinung Lippmanns nach, der große Verbündete Adenauers, General de Gaulle definitiv nicht für Wiedervereinigung. Nicht günstig sei auch England einer solchen Entwicklung gegenüber, dasselbe gelte für Holland. Was aber Adenauer anlange, so sei es schwierig „mit voller Gewißheit zu sagen, daß er, der ein Anti-Preuße aus dem Rheinland ist, den Wunsch hegt, mit den Preußen und Sachsen vereint zu sein“. Walter Lippmann hat sich auch gegen den „schieren Nonsens“ gewandt, so zu tun, als ob die DDR nicht existiere, und zu sprechen, als ob es so etwas gegeben habe oder sein könne wie eine absolute Nichtanerkennung. Als eine Täuschung weist er das Gerede zurück, als ob die Anerkennung Ostdeutschlands durch Westdeutschland als besonderer Staat eine Konzession des Westens sei; als ob der Boykott der DDR durch die DBR nicht dem deutschen Volke in das lebendige Fleisch schneide, wie man hinzufügen wird. Denn, so sagt Lippmann, die einzige Möglichkeit, die Deutschen gegebenenfalls friedlich zu vereinen — friedlich nicht im Sinne des Sprachgebrauchs der Bundesregierung, sondern wirklich auf dem friedlichen Wege der wechselseitigen Respektierung, wie man hinzufügen muß —, bestehe allein in wachsenden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, sozialen und politischen Kontakten. In einem Interview für das Columbia Broadcasting System hatte er noch bemerkt, daß der Tag einer Wiedervereinigung, die nicht Ostdeutschland beseitige, sondern beide Teile zu einer Nation zusammenwachsen lassen würde, nicht kommen würde, solange Dr. Adenauer regiere, und er werde nicht kommen, solange Ulbricht in Ostdeutschland regiere.

Was für Möglichkeiten einer konkreten Lösung des Deutschland-Problems sich daraus ergeben könnten, darauf soll in diesem Zusammenhang nicht noch einmal hingewiesen werden. Wohl aber ist es notwendig hervorzuheben, daß im Bemühen um neue Ansätze zur Lösung der kritischen Probleme, die in Verbindung mit der Überwindung der Kuba-Krise möglich werden, nach realistischeren Vorschlägen gesucht werden müßte, als es die des Herrn Chefplaners Rostow waren. Es wird ein beträchtlicher Friedensbeitrag von dem deutschen Volk beider Staatenwesen zu leisten sein, weniger ein militärischer. Wenn nicht anders, wird es Zeit, daß sich Elemente beider deutschen Teile, die sich der Größe der Verantwortung bewußt sind, zu einer Friedensinitiative zusammenfinden.

Was sonst an Maßnahmen notwendig und möglich ist auf dem weiten Feld der Konflikte, um sie zu beseitigen, so sind einige bereits von Kennedy und Chrushchowsch genannt worden, wie der beiderseitige Wille zu einer detente zwischen der

NATO und dem Warschauer Paktsystem, die Bereitschaft zu neuen Versuchen in der Lösung des Abrüstungsproblems und der Atomwaffenkontrolle. Es ist verfrüht, sich in dem jetzigen Stadium schon mit ihnen befassen zu wollen. Auch auf die Klippen und Untiefen in den gefährlichen Gewässern auf dem Wege zur Durchführung der Beseitigung der kubanischen Basen, und was alles damit noch verknüpft ist (wie das weitere Schicksal Kubas als souveräner Staat, des Castro-Regimes, des freien Selbstbestimmungsrechtes des kubanischen Volkes, des Guantanamo-Flottenstützpunktes der Vereinigten Staaten auf Kuba), auf all dies soll hier nicht eingegangen werden. Hier liegt Stoff für Verhandlungen und Konflikte in Hülle und Fülle; denkbar sind zum Teil für die USA wenig populäre Zugeständnisse, zum Teil auch Vorteile im Sinne eines kräftiger vertretbaren Selbstbestimmungsrechtes. Wenn die Entwicklung weiterhin günstig verläuft, so wird sich dabei auch eine Kräftigung der Vereinten Nationen ergeben.

Alles das wird jedoch nur möglich werden, wenn der Durchbruch durch die Fronten des Kalten Krieges zu einer Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten gelingt, was an drei Voraussetzungen geknüpft ist: 1. die strikte Innehaltung des jetzigen Machtgleichgewichtes, das durch keine direkten oder indirekten Methoden und Versuche, es zugunsten eines der Machtblöcke zu ändern, gestört werden darf; 2. die Erkenntnis, daß alle Probleme unlösbar miteinander verbunden sind und Bezug auf einander haben, so daß in der Richtung auf eine integrale Entspannung nach Lösungen gesucht werden muß; 3. daß die „Glaubwürdigkeit“ nicht beschränkt bleibt auf den beiderseitigen Willen, gegebenenfalls Widerstand bis in den Atomkrieg leisten zu wollen, sofern das Gleichgewicht bedroht ist, sondern auch für den Willen zum Frieden und zur Koexistenz oder besser zu einer durch Vereinbarungen geregelten Kooperation gilt.

So weit, kann man mit den New York Times sagen, war die Beseitigung der akuten Kriegsgefahr in der Liquidation der Kuba-Krise ein Sieg der Vernunft. An ihm haben die beiden führenden Politiker der USA und der UdSSR gleichen Anteil. James Reston berichtet, daß Präsident Kennedy auf die vorläufige und, wie man hoffen darf, endgültige Beilegung der Kuba-Krise nicht als auf einen großen Sieg der Vereinigten Staaten blickt. Er ziehe auch keine allgemeinen Schlußfolgerungen aus seiner geglückten Antwort auf die „challenge“, die Herausforderung der Sowjets hinsichtlich einer weiterhin zu verfolgenden Taktik gegen Moskau, wie das bereits die traditionellen „hardliners“ in USA und, wie man hinzufügen kann, besonders in der Bundesrepublik tun. Dennoch wird man feststellen können, ist nicht nur ein Sieg der Vernunft errungen worden, sondern auch ein persönlicher Sieg Kennedys über seine zahlreichen Gegner, nicht nur die parteimäßig abgestempelten, sondern die überall herumsitzenden, die „aufs Ganze zu gehen“ forderten, statt der „halben Maßnahmen“ des Präsidenten. Er hat das bewiesen, was den Staatsmann auszeichnet: Mäßigung in der Festigkeit, Nachgiebigkeit im Erfolg. Einseitige Zugeständnisse, wie sie Hitler in München zuteil wurden, führen ins Desaster. Davor warnte bereits Thukydides. Aber er warnte auch, wie es Kennedy nach Restons Bericht wohl gegenwärtig ist, den Krieg nicht am falschen Ende zu beginnen; erst zu handeln, und auf das Desaster zu warten, um dann über den strittigen Gegenstand zu diskutieren.

Nicht verschweigen darf man den bedeutenden Anteil, den Chruschtschow an der Erhaltung des Friedens hat. Es ist in der Öffentlichkeit noch nicht gewürdigt worden, daß er damit den Nachweis seines Friedenswillens für seine ganze Politik erbracht hat, den der Westen solange von ihm in einer sichtbaren Tat, statt in bloßen Proklamationen gefordert hatte. Während Präsident Kennedy die Glaubwürdigkeit seines Widerstandswillens erbrachte, hat Nikita Chruschtschow die Glaubwürdigkeit seiner Friedensbereitschaft bewiesen. Wir aber, die wir in dieser

Krise die Ohnmacht eines bloßen „guten Willens“ des Einzelnen wieder einmal erfahren konnten, sind vor die Entscheidung gestellt, wie wir mittätig, nicht nur nachredend verhindern können, daß es doch noch zu jener „Logik im Schrecken“ kommt, zu jenem Automatismus, dem wir, ist er einmal in Gang gesetzt, bis ins allerbitterste Ende folgen müssen, und stattdessen mithelfen, daß aus dem Schrecken ein Heil werde.

Prof. Dr. L. L. Matthias

Titankenkampf um Kuba

Versuchen wir, uns in dem Chaos von Ereignissen, Kommentaren und Propagandameldungen zurechtzufinden.

Was ist geschehen?

Erste Frage: Haben die Vereinigten Staaten die Absicht einer zweiten Kuba-Invasion verfolgt?

Die Antwort wird lauten müssen: unzweifelhaft. Die USA haben den Verlust Kubas und der damit verbundenen Investitionen in Höhe von rd. 5 Mrd. DM niemals verschmerzen können. Auch sind sie von Anfang an nicht dazu bereit gewesen, sich auf irgendwelche Verhandlungen mit der kubanischen Regierung einzulassen. Das faire Angebot Kubas, die Eigentümer der nationalisierten Industrien durch vierprozentige Staatsobligationen zu entschädigen, wurde abgelehnt, da die Akzeptierung dieses Angebots mit einer Liquidation der ganzen Angelegenheit gleichbedeutend gewesen wäre. Und diese friedliche Liquidation wollte man nicht. Deshalb versuchte man es mit der Gewalt und finanzierte 1961 mit dem stillschweigenden Einverständnis Eisenhowers und später Kennedys die erste Invasion, für die vor allem kubanische Emigranten verwandt wurden. Der Geldgeber war damals eine Regierungsstelle, die Central Intelligence Agency (CIA), die für ihre Tätigkeit vom Kongreß jährlich einen Blanko-Scheck erhält. Die Invasion mißglückte bekanntlich. Aber schon nach wenigen Wochen hatte man sich von der Enttäuschung erholt und begann mit den Vorbereitungen für eine neue. Wie beim ersten Mal wurden mit dem stillschweigenden Einverständnis des amerikanischen Präsidenten und unter dem Mantel des amerikanischen Geheimdienstes Truppen in Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti und Kolumbien ausgebildet. Kubanische Emigranten erzählten das bereitwilligst jedem, der es hören wollte. Die New York Times brachte im September ein Interview mit einem der Gruppenführer aus Mexiko, aus dem sich sogar die Strategie ergab, die von den Invasionskorps verfolgt wurde. Sie bestand anfänglich darin, die kubanische Bevölkerung durch kleine Überfälle zu beunruhigen. Um das zu erreichen, hatte man sich auf eine bisher noch unaufgeklärte Weise in den Besitz einiger Schiffe gesetzt, kubanische Fischerboote und Fischerdörfer beschossen und zehn bis zwanzig Kubaner getötet. Eine zweite Aktion bestand darin, Invasions-Fallschirmtruppen im Osten der Insel abzusetzen. Auch das gelang, und die Guerrillas konnten sogar täglich durch Flugzeuge von Guatemala aus gepflegt werden.

Die Invasionsvorbereitungen waren also seit langem im Gange. Es versteht sich, daß sie mit größerer Sorgfalt ausgeführt wurden als beim ersten Mal, denn man konnte sich der Blamage einer abermaligen Niederlage nicht aussetzen.